

Zürich, 7. September 2009

KR-Nr. 283/2009

POSTULAT von Kaspar Bütikofer (AL, Zürich), Erika Ziltener (SP, Zürich) und Peter Ritschard (EVP, Zürich)

betreffend Jetzt Kaufkraft stärken: Aufstocken der individuellen Krankenkassenprämienverbilligung

Der Regierungsrat wird gebeten, unter Vorbehalt der Zustimmung des National- und Ständerates zu Art. 106b (neu) KVG, den ausserordentlichen Bundesbeitrag für die Verbilligung der Krankenkassenprämien in vollem Umfang zu beantragen.

Kaspar Bütikofer
Erika Ziltener
Peter Ritschard

283/2009

Begründung:

Für 2010 wird mit einem massiven Prämienschub gerechnet. Im Kanton Zürich wird ein Aufschlag von 6-8 Prozent prognostiziert. Der Aufschlag bei den Krankenkassenprämien bedeutet für viele Haushalte einen schmerzlichen Kaufkraftverlust. Viele Haushalte zahlen heute weit mehr für die obligatorischen Krankenkassenprämien als für die Steuern.

Die Wirtschaftskrise wird durch die zusätzliche Belastung der Haushalte infolge steigender Gesundheitskosten noch zusätzlich verschärft. Die Zürcher Bevölkerung wird zwischen 2010 und 2012 rund eine Viertelmilliarde Franken an Kaufkraft verlieren.

Der Bundesrat hat den konjunkturpolitischen Handlungsbedarf erkannt und verabschiedete am 29. Mai 2009 die Botschaft betreffend der Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung). National- und Ständerat werden die Vorlage voraussichtlich in der Herbstsession beraten.

Die Vorlage sieht unter anderem vor, dass für das Jahr 2010 der Bund den Kantonen zusätzlich 200 Mio. Franken bzw. maximal 11 Prozent zusätzlich zum «ordentlichen» Bundesbeitrag zur Prämienverbilligung bereitstellt. Voraussetzung ist, dass sich der Kanton im bisherigen Verhältnis an der Prämienverbilligung beteiligt.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Vorlage des Bundesrates 09.053 - Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung, soll in der Herbstsession des National- und Ständerates verabschiedet werden. Der ausserordentliche Beitrag des Bundes muss bis am 30. März 2010 beantragt werden.